

BERICHT AUS DEM GROSSEN RAT



In seinen Sitzungen im Dezember und im Januar bespricht der Grosse Rat verschiedene bildungspolitische Vorstösse. Von besonderer Bedeutung sind die Entscheide zur frühkindlichen Sprachförderung und zum Ausbau der Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen.

Im Dezember verlängert der Grosse Rat auf Antrag der Bildungs- und Kulturkommission (BKK) und in Absprache mit dem Initiativkomitee die Frist zur Berichterstattung zur **kantonalen Volksinitiative «für mehr Musikvielfalt»**, womit auch die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung bis zum 24. November 2024 verlängert wird. Die Motion von Jessica Brandenburger (SP) **betreffend ganzheitliche Sexualaufklärung** wird gegen die Stimmen von LDP und SVP zur Stellungnahme innert 3 Monaten an den Regierungsrat erstüberwiesen. Es wird in der Debatte darauf hingewiesen, dass der Jugendgesundheitsbericht 2022 des eigenen Gesundheitsdepartements aufzeige, wie schlecht Jugendliche in gewissen Bereichen der Krankheitsprävention, der Verhinderung ungewollter Schwangerschaften, der Prävention sexualisierter Gewalt informiert seien. Aus der schriftlichen Antwort auf eine Interpellation zu **mutmasslich antisemitischen Vorfällen** von Joël Thüning (SVP) geht hervor, dass die Fälle an Schulen vor allem verbale Übergriffe betreffen, welche strafrechtlich als nicht relevant eingestuft würden. In der Antwort auf die Interpellation von Sandra Bothe-Wenk (GLP) betreffend die **verschiedenen Prüfungsformate für die Maturaprüfungen SJ 23/24** wird die Notwendigkeit des digitalen Wandels an den Schulen betont und insbesondere dem gymnasialen Grossprojekt «Lernen und Prüfen in einer Kultur der Digitalität (LPKD)» eine pädagogisch zielgerichtete und zweckmässige Ausrichtung attestiert; Fragen nach der Chancengleichheit und der Vergleichbarkeit von unterschiedlichsten Prüfungen seien in den bestehenden Pilotprojekten pragmatisch anzugehen und im Rahmen der bestehenden Regelungen problemlos aufzufangen; zudem erfolge eine Evaluation der Ergebnisse der Pilotmaturen durch die FHNW.

Beim Ratschlag betreffend **Änderung des Gesetzes betreffend Förder- und Hilfeleistungen für Kinder und Jugendliche** sowie der Motion von Patricia von Falkenstein (LDP) betreffend **Intensivierung der Sprachförderung vor dem Kindergarten Eintritt** handelt es sich um ein bedeutsames bildungs- und sozialpolitisches Geschäft, welches die Beschlüsse zum schon genehmigten Massnahmenpaket Kinderbetreuung ergänzt. Überraschenderweise hat die BKK der Vorlage mit nur vier Ja-Stimmen bei acht Enthaltungen zugestimmt. Die Zustimmung gründet darauf, dass das 2013 eingeführte Obligatorium (selektiv aufgrund von Elterninformationen) der frühen Deutschförderung im Grundsatz sowie dessen Ausweitung von zwei auf drei Halbtage weitgehend unbestritten ist, aber – auch aufgrund einer Anhörung der Spielgruppen-Vertretungen – Vorbehalte bezüglich der Machbarkeit der Umsetzung durch die aktuell 33 privaten Anbieter (plus 6 in Riehen/Bettingen) sowie der strukturellen und finanziellen Stabilität des Gesamtsystems bestehen. Die BKK erwartet vom ED, dass es künftig mit den Spielgruppen als wesentlichen Trägerinnen der Umsetzung der frühen Deutschförderung in einem engeren Austausch steht. Im letzten Schuljahr wurden insgesamt 747 Kinder in der Stadt Basel und 64 Kinder in Riehen und Bettingen zur frühen Deutschförderung verpflichtet (ca. 42% der dreijährigen Kinder in der Stadt und 23% in den Landgemeinden); davon besuchten 413 Kinder in der Stadt Basel und 39 in Riehen und Bettingen eine Spielgruppe mit Deutschförderung (56%) und

die übrigen 44 Prozent besuchten eine Kindertagesstätte oder eine Tagesfamilie mit Deutschförderung. Der Ausbau der obligatorischen Deutschförderung hat in der Stadt Basel Mehrkosten von rund 950 000 Franken pro Jahr zur Folge. Zu rechnen ist dann neu mit Gesamtausgaben von 2 770 000 Franken pro Jahr für die frühe Deutschförderung in Spielgruppen. In den Gemeinden Riehen und Bettingen werden sich die Kosten für das Obligatorium der Spielgruppen dann auf rund 200 000 Franken pro Jahr belaufen. Der Grosse Rat nimmt die Vorlage mit grossem Mehr (nur 1 Nein, 5 Enthaltungen) an.

In den Januar-Sitzungen schreibt der Grosse Rat die beiden Petitionen «**Diskriminierungsfreie Schulen**» sowie «**Gegen Diskriminierung aufgrund von Aussehen, Geschlecht, Religion, Hautfarbe und/oder Herkunft**» auf Antrag der Petitionskommission stillschweigend als erledigt ab, auch wenn bei der Kommission Fragen zum Vorgehen und zur zeitnahen Umsetzung gewisser Massnahmen offen bleiben. Eine Motion betreffend die **Nähe der Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz für Suchterkrankte zum geplanten Primarschulhaus Walkeweg und zum Kindergarten Münchensteinerstrasse 101** von Nicole Kuster (LDP) wird knapp an den Regierungsrat zur Berichterstattung innert dreier Monate erstüberwiesen (48 Ja zu 43 Nein). Ein Anzug von Catherine Alioth (LDP) zur **Umsetzung der Studien-, Berufs- und Laufbahnberatung im Maturitätslehrgang** wird mit grossem Mehr und ein Anzug von Anouk Feurer (GAB) betreffend **Antisemitismusprävention an allen Sekundarschulen** stillschweigend überwiesen. Stillschweigend und definitiv wird zudem die Motion betreffend **Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen einführen** von Barbara Heer (SP) an den Regierungsrat zur Umsetzung überwiesen. Hier wird auf die Ausführungsbestimmungen zu achten sein: Es darf nicht zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in den Tagesstrukturen kommen. Ebenfalls definitiv überwiesen wird die Motion von Alex Ebi (LDP) **betreffend Dreifachturnhalle und zusätzlichen Schulraum Campus Bäumlhof, Drei Linden und Hirzbrunnen** – auch wenn die Regierung die rechtliche Zulässigkeit dieses Parlamentsentscheids sowie die faktische Notwendigkeit einer neuen Turnhalle bezweifelt und sich gegen die Zweitüberweisung wehrt.

Hinweis: Viele der erwähnten Schriftdokumente – und viele mehr – finden sich auf der FSS-Homepage: www.fss-bs.ch/bildungspolitik-basel-stadt/. Protokolle der Grossratsitzungen inklusive Audio- und Videoaufzeichnungen finden sich auf der Grossratsseite www.grosserrat.bs.ch.

Michael Bochmann Grob, Mitglied Geschäftsleitung FSS